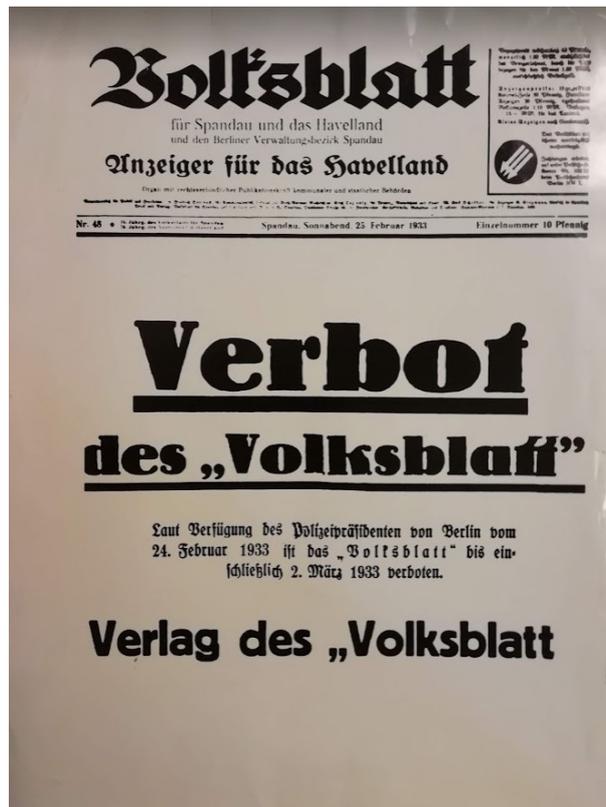


# „Einer Aufforderung nachkommend sprechen wir hiermit Ihre fristlose Entlassung aus.“

**Erich Lezinsky – Redakteur, Chefredakteur und Verleger des Spandauer Volksblatt sowie Mitbegründer des Presseverband Berlin**

\* 26. Mai 1886 in Gorgast; † 6. März 1952 in Berlin

Knapp vier Wochen nach der Machtergreifung durch die Nazis, am 24. Februar 1933, wird das *Volksblatt für Spandau und das Havelland* erst einmal verboten. Erich Lezinsky ist einer der Redakteure dort.

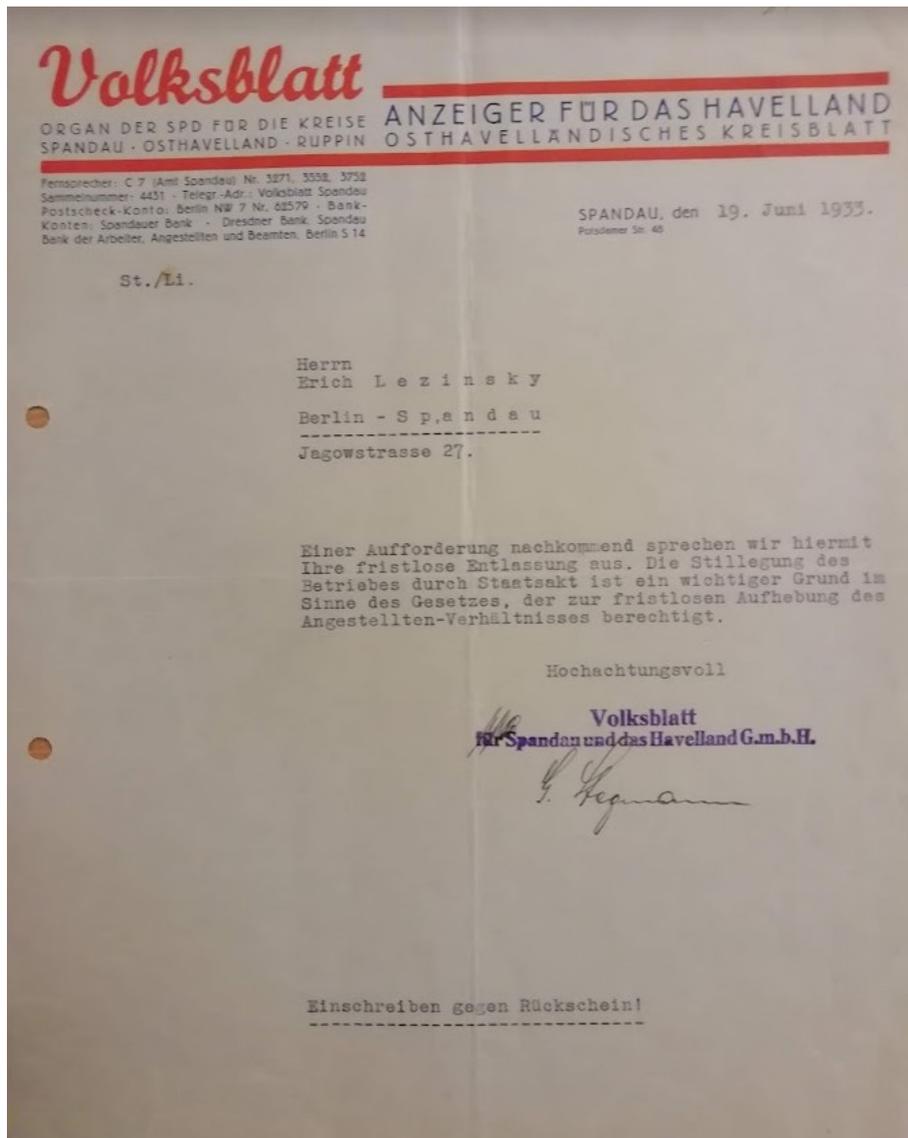


1886 in Gorgast, einem Örtchen im Kreis Lebus/Oderbruch geboren. Er lernt Buchdrucker, wird SPD-Mitglied, zieht in den Weltkrieg und bildet sich weiter, wo immer es geht. Ab Januar 1927 ist Lezinsky Lokalredakteur beim Volksblatt und ab Dezember '29 auch Mitglied der Stadtverordnetenversammlung von Berlin.

- |          |   |
|----------|---|
| 151. K.  | Langner, Paul, Redakteur, NO 45, Keibelstraße 15 bei Dau, Geschst.: Kleine Alexanderstraße 28, (E 2 Kupfergr. 5991.)  |
| 152. S.  | Lempert, Hermann, Architekt, Blu.-Baumschulenweg, Schöntaler Weg 6, (F 9 Oberschöneweide 5955 — Käbernick.) Dienstst.: Vieh- u. Schlachthof. (Mag. Nr. 84.) |
| 155. S.  | Lezinsky, Erich, Redakteur, Spandau, Jagowstraße 27, Geschst.: Redaktion des „Volksblatt“, Spandau, (C 7 Spandau 4451.)                                     |
| 154. DN. | Dr. Lindemann, Max, Amtsgerichtsrat, Blu.-Lichtenberg, Möllendorfstr. 52, (E 5 Lichtenb. 1121.)   |
| 155. NS. | Dr. Lippert, Julius, Redakteur, Charlottenburg 4, Schillerstr. 25, (C 1 Stpl. 2280.) Geschst.: „Der Angriff“, (C 4 Wilh. 8006.)                             |
| 156. NS. | Dr. Löpelmann, Martin, Studienrat, Blu.-Schöneberg, Gothaer Str. 17.  |

Das Verzeichnis der Stadtverordneten führt den Sozialdemokraten (S) mit Privat- und Dienstadresse zwischen Kommunisten (K), Deutschnationalen (DN) und Nationalsozialisten (NS). Er ist Mitglied der Deputationen für das Feuerlöschwesen, die Forsten, für Kunst und Bildungswesen und stv. Aufsichtsrat der GmbH des Berliner Philharmonischen Orchesters. Lezinsky war nicht der einzige Neuling im Stadtparlament. Auch Joseph Goebbels, Gauleiter für Berlin-Brandenburg der NSDAP, gehörte dem Gremium neuerdings an.

Am 19. Juni '33 wird Lezinsky entlassen. Sein Verlag schreibt ihm: „Einer Aufforderung nachkommend sprechen wir hiermit Ihre fristlose Entlassung aus. Die Stilllegung des Betriebes durch Staatsakt ist ein wichtiger Grund im Sinne des Gesetzes, der zur fristlosen Aufhebung des Angestellten-Verhältnisses berechtigt.“



Bereits am 22. Mai wurde Lezinsky vom Bezirksverband Berlin im Reichsverband der Deutschen Presse aufgefordert, einen Fragebogen auszufüllen und zwar binnen einer Woche. Die Angaben sollten auf Ehrenwort und an Eides statt erfolgen. Der Verband will auf Grundlage eines Beschlusses des Delegiertentages über „das Verbleiben oder Nichtverbleiben von Juden und Marxisten im Verband“ entscheiden. Am 24. Juni '33 teilt der Verband Lezinsky mit, dass er aus dem Verband ausgeschlossen („aus den Listen gestrichen“) wurde. Ein Einspruch war möglich, blieb aber erfolglos. Die Hauptgeschäftsstelle im Haus der Presse am Tiergartenrand teilt ihm mit: „Die Entscheidung entsprach Wortlaut und Sinn des Beschlusses vom 30.4.1933.“

Der Ausschluss aus dem Reichsverband kam einem Berufsverbot gleich. Denn der Verband, 1911 gegründet und in den 20er Jahren zu einer wirksamen Berufsvereinigung und Gewerkschaft unter prominenter Führung ausgebaut, hatte mit der Einrichtung der Reichspressekammer die Aufgabe erhalten, den Zugang zum Berufsstand der Journalisten zu überwachen. Und Juden und Marxisten durften unter den Nazis den Beruf des Journalisten nicht ausüben.

BEZIRKSVERBAND BERLIN  
IM  
REICHSVERBAND DER  
DEUTSCHEN PRESSE  
E. V.

BERLIN SW 61, den 24. Juni 33  
Hagelberger Straße 25 III  
Straßenbahn: 3, 5, 8, 64, 95 (York- u. Mückernstraßen-Ecke), 25 (Groß-  
beeren- u. Yorkstraßen-Ecke)  
Autobus: 14 (York- u. Mückernstraßen-Ecke)  
U-Bahn: Belle-Alliancestraße  
Fernsprecher: F 5 Bergmann 2751  
Postscheckkonto 30662 (Walter Steinberg)

Herrn  
Erich L e z i n s k y .

Sehr geehrter Herr Kollege!

In Ausführung der Beschlüsse des Delegiertentages hat der Vorstand des Landesverbandes in seiner Sitzung vom 23. d.M. Sie aus den Listen des Reichsverbandes der deutschen Presse gestrichen. Gegen diese Entscheidung steht Ihnen innerhalb von 14 Tagen das Recht des Einspruches beim Vorstand des Reichsverbandes zu.

Hochachtungsvoll  
Weiss Pfaffer  
Vorsitzende

Um wenigstens noch sein ausstehendes Gehalt zu erhalten, klagt Lezinsky gegen die Muttergesellschaft des *Volksblatt*, die *Konzentration* AG, bei der die SPD-eigenen Medien gebündelt waren. Ein Gericht spricht ihm 1.350 Reichsmark zu, doch die *Konzentration* ist längst nicht mehr voll handlungsfähig. Nach der Stilllegung der Zeitungsbetriebe droht ihr nun auch noch die „Einziehung staatsfeindlichen Vermögens“. Vergeblich wendet sich Lezinsky daher 1934 auch an das Preußische Finanzministerium und legt seine wirtschaftlich „sehr bedrängte Lage“ dar: Der Versuch, durch ein Zigarrengeschäft die Ernährung seiner Familie zu ermöglichen, könne den erhofften Erfolg nicht zeitigen, da ihm die Mittel fehlten, das Geschäft konkurrenzfähig auszustatten.

Im Januar 1936 lässt er schließlich alle Ansprüche gegenüber dem *Volksblatt*-Verlag, der *Konzentration* AG und dem Preußischen Staat fallen – gegen Zahlung von lediglich 390 Reichsmark.

Zu diesem Zeitpunkt hatte der Journalist bereits mehrere Monate „Schutzhäft“ abgesessen – zunächst von Juni bis September 1933 im Gefängnis Spandau, anschließend bis zum 18. Dezember im Zuchthaus Brandenburg.

Der Direktor  
des staatl. Konzentrationslagers  
Abt. I / ca.

42  
Brandenburg (Havel), den 28. 11.

B e s c h e i n i g u n g .

Hiermit bescheinige ich, daß Herr Ernst Lezinsky  
(Vor- u. Zuname)  
geb. am 26. 5. 86 zu Brandenburg  
seit dem 2. 9. 33 bis zum 18. 12. 33.  
im Konzentrationslager Brandenburg (Havel) als Schutzhäftling war.  
Seine Entlassung erfolgte auf Anordnung Dr. Schumann  
Straßburg  
Kommandant der Lagerwache.

Längere Zeit der Erwerbslosigkeit schließt sich an, dann bis Kriegsende eine teilweise leitende Beschäftigung – wohl im Rahmen einer Dienstverpflichtung – beim Luftfahrtgerätewerk Hakenfelde. Kurz nach dem Attentatsversuch vom 20. Juli 1944 wird Lezinsky allerdings erneut in „Schutzhaft“ genommen, wenn auch wahrscheinlich im Rahmen der Gestapo-Aktion „Gewitter“ und somit einen Monat später als auf dem Entlassungsschein vermerkt. Nach einigen Tagen im KZ Sachsenhausen kommt er wieder auf freien Fuß – unter der Auflage, sich sofort bei der Stapoleitstelle Berlin in Zimmer 158 b zu melden. Die Haft ist durch Entlassungsschein dokumentiert, unterzeichnet vom Lagerkommandanten, dem SS-Standartenführer Anton Kaindl.

40 59

Konzentrationslager Sachsenhausen  
Kommandantur  
II/ 93047/Gs.

2) Oranienburg, den 8. IX. 1944

## Entlassungsschein

Der Häftling Erich Lezinsky  
geb. am 26.5.86 in Gorgast hat ~~am~~ 27.7.44  
bis zum heutigen Tage im Konzentrationslager eingesessen.

Ihm wurde aufgegeben, sich ~~am~~ sofort bei der Stapoleitstelle Berlin, Zimmer 158 b  
zu melden.

Der Häftling war hier polizeilich nicht gemeldet. / Lebensmittel-, Kleider- und Volkskarteikarten sind für die Dauer des Aufenthaltes in dem Konzentrationslager nicht ausgestellt worden!

Der Lagerkommandant  
*Kaindl*  
SS-Standartenführer



KL/66/4.43 30.000

In einem undatierten Lebenslauf, wahrscheinlich 1945 verfasst für die Bewerbung um eine Position im Bezirksamt, schreibt Lezinsky, er sei ab 1945 in der Schulverwaltung tätig gewesen, in einem späteren, dass er 1945/46 Pressechef beim Bezirksamt Spandau gewesen sei und ab 1946 Herausgeber und Chefredakteur des *Volksblatt*.

Jedenfalls hat er sich gleich 1945 darum bemüht, die Zeitung wieder ins Leben zu rufen – aber nicht mehr als SPD-Parteiblatt: „Die Tendenz soll überparteilich sein“, schreibt er in seiner Eingabe an die *Berlin Information Control Unit*. Denn für das Herausgeben einer Zeitung benötigte man damals die Lizenz der zuständigen Besatzungsmacht, und in Spandau waren das die Briten. Die verlangten von ihm, dass er sich der Unterstützung der in Spandau vertretenen Parteien vergewissern sollte, was Lezinsky umgehend gelingt: SPD, KPD, CDU und LDPD befürworten seinen Lizenantrag. Und so konnte das *Volksblatt* am 5. März 1946 wieder erscheinen.

Zu diesem Zeitpunkt kocht bereits die Debatte um eine Vereinigung von SPD und KPD zur SED. Lezinsky ist ein Gegner dieser Idee. Im Januar 1947 kehrt er auch in die Stadtverordnetenversammlung zurück. Dort spitzt sich die Konfrontation zwischen SED einerseits und den übrigen, westlich orientierten Parteien andererseits zu. Diese Auseinandersetzung erfasste damals die gesamte Stadt. Die Presse im sowjetischen Sektor – einschließlich der Parteiblätter von CDU und LDPD, *Neue Zeit* und *Der Morgen* – wurde schrittweise auf Linie gebracht. Und der *Verband der Deutschen Presse (VDP)*, als Nachfolger des Reichsverbandes gegründet und dem FDGB angeschlossen, geriet immer mehr ins Fahrwasser der Kommunisten. Zugleich wurden die Journalisten innerhalb der FDGB-Gewerkschaft „Kunst und Schrifttum“ durch

Techniker und Verwaltungsleute, Bühnenarbeiter und Kinokassierer an den Rand gedrängt: Bei den Vorstandswahlen gingen sie leer aus. Es kommt zur Spaltung. Am 7. Juli 1948 wird bei einem Treffen in der Wohnung von *Abend*-Chefredakteur Maximilian Müller-Jabusch, bis kurz zuvor noch Vorstandsmitglied im *VDP*, die Trennung beschlossen. Ein Aufruf zur Gründung einer „selbständigen Berufsorganisation“ wird formuliert und von 33 Journalistinnen und Journalisten unterzeichnet. Darunter Karl Brammer, Fritz Eschen, Helmut Kindler, Annedore Leber, Paul Löbe, Herta Zerna. Und eben: Erich Lezinsky.

Der Presseverband Berlin entsteht. Daraus wird später der Journalistenverband Berlin, heute DJV Berlin /JVBB. Das hat Lezinsky nicht mehr miterlebt. Am 6. März 1952 ist er – wie es in einem Nachruf hieß – einer „tückischen Krankheit“ erlegen.

Christian Walther



Erich Lezinsky in der Redaktion des *Volksblatt*